

I-AEP-ENG-FB-ROT CH-8048 Zürich

Eingeschrieben

Bundesamt für Verkehr
Infrastruktur
Bewilligungen
3003 Bern

Zürich, 14.12.2023

Eisenbahnrechtliche Plangenehmigung
Ordentliches Verfahren mit Enteignung *auf interoperables Ergänzungsnetz*
Fahrbahnerneuerung 2026 Herrliberg-Feldmeilen Gleis 3 (ISP-Nummer: 1163346)
Plangenehmigungsgesuch
Kantone: Zürich
Gemeinden: Herrliberg, Meilen

Sehr geehrte Damen und Herren

Die SBB Infrastruktur, Ausbau- und Erneuerungsprojekte, stellt Ihnen folgendes Plangenehmigungsgesuch:

A N T R A G :

1. Es sei, gestützt auf Art.18 Abs.1, Abs.2 lit.a und Abs.3 des Eisenbahngesetzes (EBG, SR 742.101) das Projekt Fahrbahnerneuerung 2026 Herrliberg-Feldmeilen Gleis 3 zu genehmigen.
2. In verfahrensrechtlicher Hinsicht sei das ordentliche Plangenehmigungsverfahren festzulegen und das Enteignungsverfahren gemäss Art.3 EBG einzuleiten.
3. Für die Anlageteile **PU Forchstrasse** (km 16.513), **PU Herrliberg** (Km 16.610) und **PU bei Kaffee Hag** (km 16.808) sei eine Ausnahmebewilligung betr. Unterschreiten der Regeldicke des Schotterbettes auf starrem Unterbau zu erteilen.

B E G R Ü N D U N G:

A. Bauvorhaben

Im Wesentlichen ist Fahrbahnerneuerung mit Unterbausanierung und neuer Entwässerung im Gleis 3 im Perimeter km 16.4 – 16.9 vorgesehen. Für weitere Details wird auf die Unterlagen im Plangenehmigungsdossier hingewiesen.

B. Rechtliches

1. Nach Art.18 Abs.1 EBG dürfen Bauten und Anlagen, die ganz oder überwiegend dem Bau und Betrieb einer Eisenbahn dienen, nur mit einer Plangenehmigung erstellt und geändert werden. Genehmigungsbehörde ist gemäss Art.18 Abs.2 lit.a EBG das Bundesamt für Verkehr.
2. Das ordentliche Plangenehmigungsverfahren wird angewendet, soweit nicht die Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren vorliegen (Art.18i EBG), was hier nicht der Fall ist.
3. Die Unterlagen **h, i, k, l** und **m**, die gemäss Art. 3 Abs. 2 VPVE dem Plangenehmigungsgesuch beizulegen wären, sind im vorliegenden Plandossier nicht vorhanden, weil es sich um eine Erneuerung der vorhandenen Anlagen handelt.
 - h. massgebende Lichtraumprofile;
weil: die Lichtraumprofile gem. AB-EBV und R RTE 20012 projiziert sind, sowie in den Normalprofilen dargestellt sind.
 - i. Nutzungsvereinbarungen und Projektbasen der Tragwerke;
weil: keine Änderung an den Anlageteile vorgenommen wird
 - k. Sicherheitsberichte (Art. 8b EBV);
weil: ist im Technischen Bericht enthalten.
 - l. Sicherheitsbewertungsberichte;
weil: im Projekt keine signifikanten Änderungen vorhanden
 - m. Prüfberichte Sachverständiger mit Stellungnahme der Gesuchstellerin zur Umsetzung der Prüfergebnisse;
weil: keine statischen Änderungen vorgenommen werden.

4. Interoperabilität

Es handelt sich um ein Vorhaben auf dem **interoperablen Ergänzungsnetz**. Die IOP-Anforderungen an das Ergänzungsnetz sind eingehalten. Es werden keine Ausnahmegewilligungen beantragt, die NTV und NNTV und damit die TSI im erforderlichen Umfang gemäss IOP-Richtlinie sind eingehalten.

5. Die Realisierung des Bauvorhabens beansprucht Rechte Dritter. Der notwendige Land- und Rechtserwerb ist noch nicht gesichert. Aufgrund der bisherigen Verhandlungen ist ein freihändiger Rechtserwerb mit allen betroffenen Grundeigentümern leider nicht gelungen.

Ebenso wenig führt eine Landumlegung zum Ziel. Aufgrund dieser Situation wird gestützt auf Art.3 EBG die Einleitung des Enteignungsverfahrens beantragt. Die benötigten Rechte sowie der Stand der Verhandlungen und die Erwerbsart sind aus dem beigelegten Land- / Rechtserwerbs-Plan und der -Tabelle (inkl. Aussteckungskonzept / -plan) sowie aus dem Landerwerbsbericht ersichtlich. Sollte im Verlauf des Plangenehmigungsverfahrens eine gütliche Einigung trotzdem noch möglich sein, kann das Enteignungsgesuch nachträglich zurückgezogen werden.

Alle zu Enteignenden erhalten spätestens mit der öffentlichen Auflage eine persönliche Anzeige über die zu enteignenden Rechte (s. Musterbrief und Adressliste). Bestandteil der persönlichen Anzeige ist gemäss Art. 31 EntG auch die Zustellung eines Doppels der öffentlichen Bekanntmachung. Das BAV wird daher ersucht, dem zuständigen Projektleiter möglichst rasch (soweit möglich per E-Mail) eine Kopie des Schreibens betr. Einleitung des Vernehmlassungsverfahrens inkl. Publikationstext zukommen zu lassen.

6. Gemäss Art.18c EBG werden vor der öffentlichen Auflage des Gesuchs die durch das geplante Werk bedingten Veränderungen im Gelände ausgesteckt und die Hochbauten durch Aufstellen von Profilen kenntlich gemacht. Zwecks zeitlicher Koordination der Aussteckung resp. Profilierung des vorliegenden Bauvorhabens mit der öffentlichen Auflage werden sich die SBB direkt mit der für die Publikation zuständigen kantonalen Behörde in Verbindung setzen.

7. Gemäss Art.17 Abs.1 EBG in Verbindung mit Art.3 lit.b BehiG (Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen; SR 151.3) sowie Art.2 VböV (Verordnung über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs; SR 151.34) sind bei der Erstellung und Erneuerung von Bahnanlagen die Bedürfnisse mobilitätsbehinderter Menschen angemessen zu berücksichtigen.

8. Für die Anlageteile **PU Forchstrasse** (km 16.513), **PU Herrliberg** (Km 16.610) und **PU bei Kaffee Hag** (km 16.808) wird die Erteilung einer Ausnahmegewilligung beantragt. Die Begründungen dieses Gesuchs um eine Ausnahmegewilligung sind im zum Plangenehmigungsgesuch beiliegenden Dossier (in 2 Exemplaren) enthalten.

C. Ansprechpartner der SBB

Bei der eingereichten Planvorlage handelt es sich um ein Projekt der Region Ost. Wir bitten Sie höflichst, sämtliche Korrespondenz während des Plangenehmigungsverfahrens an folgende Adresse zu richten:

Schweizerische Bundesbahnen SBB
Infrastruktur Ausbau- und Erneuerungsprojekte
Michael Hoffmann
Vulkanplatz 11
8048 Zürich

Für projektspezifische und technische Fragen steht Ihnen Herr Michael Hoffmann, I-AEP-ENG-FB-ROT-PL1 (Tel. 079 172 33 84, E-Mail hoffmann.michael@sbb.ch) und für allfällige rechtliche Fragen Michel Clerc RC-I-BAU (Tel. 079 503 79 56) zur Verfügung.

Gestützt auf die obenstehenden Ausführungen sowie das beigelegte Projektdossier ersuchen wir Sie, nach erfolgter Vollständigkeitsprüfung das eisenbahnrechtliche Plangenehmigungsverfahren durchzuführen und das Bauvorhaben im Rahmen des ordentlichen Verfahrens zu genehmigen.

Bitte informieren Sie uns über den Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens. Wir werden dann das Projektdossier an den betroffenen Kanton und die betroffene Gemeinde versenden.

Sollte das Dossier nicht Ihren Vorstellungen entsprechen bzw. unvollständig sein, ersuchen wir Sie um sofortige Mitteilung. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
SBB Ausbau- und Erneuerungsprojekte

Urs Honold,
Zürich / Super User PGV

Michael Hoffmann,
Zürich /Projektleiter

Beilagen

- Plangenehmigungsdossiers: (1 Exemplare)
- Ergänzende Berichte (1 Exemplare)
- Digitale Unterlagen befinden sich auf Plattform BAV
- Ausnahmegewilligungen

Kopie z.K. (ohne Beilagen, per E-Mail):

- K-RC-I-BAU michel.clerc@sbb.ch
- I-AEP-PZW-BRTL urs.honold@sbb.ch
- I-AEP-PJM-PNM-ROT-PO denise.engel@sbb.ch